Abend-Ausgabe. Nr. 528.

Berlin, Donnerstag, den 10. November 1892.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Nr. 528. Abend-Ausgabe.

Berlin, Donnerstag, den 10. November 1892.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgrätzer-Straße № 15. und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Köln, 10. November. (D. B. H.) Der spanische Konsul Oswald Schmitz, Vorsitzender des Dombauvereins, ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Pest, 9. November. (W. T. B.) In der heute Abend abgehaltenen Konferenz der liberalen Partei begründete der bisherige Ministerpräsident Graf Szapary den Rücktritt des Kabinets. Wie Graf Szapary ausführte, hatte die Regierung Vorlagen, betreffend die allgemeine Zivilmatrikel, die Rezeption der Israeliten und die Religionsfreiheit vorbereitet, welche die Zustimmung der Krone erhalten hätten. Nach Ansicht der Regierung könnten diese Institutionen ihre Sanktion nur durch die Einführung der obligatorischen Zivilehe erhalten, wenn die Ruhe zwischen sämmtlichen Konfessionen hergestellt werden solle. Bezüglich der Zivilehe habe sich jedoch die Regierung nicht für eine solche Form einigen können, die auch die Zustimmung der Krone erhalten hätte. Aus diesem Grunde habe das Kabinet seine Demission eingereicht, da es der Ansicht gewesen sei, unter solchen Umständen nicht weiter zum Wohle des Staates regieren zu können. Die Ausführungen Szaparys fanden die ungetheilte Zustimmung der Versammlung. Szapary hob ferner die Nothwendigkeit festen Zusammenhaltens der Partei hervor, worin sämmtliche Redner, darunter Koloman Tisza, ihm beipflichteten. — Für morgen sind Graf Szapary, Dr. Wekerle, Koloman Tisza, der Präsident des Abgeordnetenhauses Banffy und Koloman Szell zum Könige berufen.

Paris, 9 November. (W. T. B.) Die Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Portonovo, nach welchem Oberst Dodds sich vorgenommen hat, nach der Einnahme von Abomeh nicht in dieser Stadt stehen zu bleiben, noch dieselbe dauernd besetzt zu halten; sein Plan bestehe vielmehr darin, die Stadt völlig niederzubrennen und den Dahomehern auf diese Weise eine Züchtigung zu Theil werden zu lassen, an die sie lange denken würden.

Paris, 10. November. (D. B. H.) Aus Portonovo wird vom 9. d. M. telegraphirt, Behanzin werde von den Priestern mit Absetzung und Ermordung bedroht. Die Einnahme der Hauptstadt Abomeh werde am 11. d. M. erwartet, der Gesundheitszustand der französischen Truppen sei vorzüglich. (?)

Paris, 10. November. (D. B. H.) Loubet besuchte die Hinterbliebenen der Dynamitopfer und vertheilte Unterstützungen an dieselben.

Paris, 10. November. (W. T. B.) Gestern Abend 11½ Uhr verhaftete die Polizei einen gewissen Viktor Rabbe. Derselbe ist ein Kürschner, 24 Jahre alt und in Leipzig geboren. Vor etwa einem Monat kam er zum ersten Mal nach Paris und wohnte zur Miethe auf der Place Maubert. Von der Polizei wurde er gesucht, weil er mit Anarchisten verkehrte, die im Besitze von Dynamit gewesen waren. Er stand in Verbindung mit den Anarchisten Francis und Meunier und war seit einigen Tagen von einer Reise nach London zurückgekehrt. Seine Effekten und Papiere wurden bei der Haussuchung beschlagnahmt. Man vermuthet, der Verhaftete sei identisch mit der Person eines jungen Mannes mit starkem deutschen Accent, dessen Anwesenheit in dem Geschäftsgebäude der Bergwerksgesellschaft von Carmaux am Abend vor der Explosion durch Zeugen festgestellt ist. Uebrigens ist die Auskunft, welche der Hauswirth über den verhafteten Miether giebt vorzüglich.

Paris, 10. November. (W. T. B.) Die Anarchisten fahren fort, dem Baron Reille und dem mit der Untersuchung betrauten Spezialkommissar Dietz Drohbriefe zu schicken. Letzterer hatte gestern Abend mit dem Ministerpräsidenten Loubet bezüglich der Lage in Carmaux eine längere Besprechung.

London, 9. November. (W. T. B.) Bei dem heutigen Lordmayor-Bankett beantwortete der Staatssekretär für Indien, Lord Kimberley, in Abwesenheit Gladstones den Toast auf das gegenwärtige Kabinet mit einer Rede, in welcher er alle auswärtigen Beziehungen Großbritanniens als freundlich und befriedigend bezeichnete und sagte, die Angelegenheit Ugandas beschäftige in ernster Weise die Aufmerksamkeit der Regierung, die Pamirfrage könne, wie er glaube, mit Rußland auf freundschaftlichem Wege durch eine Grenzabsteckung geregelt werden, und Unterhandlungen fänden darüber statt.

London, 9. November, Abends. (W. T. B.) (Ausführlichere Meldung.) In seiner Rede bei dem Lordmayors-Bankett erklärte der Staatssekretär für Indien, Lord Kimberley, es sei unmöglich, schon jetzt über die dem Parlamente zu unterbreitenden Vorlagen Aufschluß zu geben; die Regierung werde die den Wählern gegebenen Versprechen erfüllen. Kimberley vertheidigte sodann die von dem Minister für Irland, John Morley, getroffenen Maßnahmen hinsichtlich Irlands, wo die agrarischen Verbrechen fortdauernd im Abnehmen begriffen seien. Was die Beziehungen zum Auslande angehe, so seien dieselben freundlich und befriedigend. Der Uganda-Angelegenheit werde die Regierung sorgfältige Aufmerksamkeit und Erwägung schenken, wie sie die Wichtigkeit und Schwierigkeit dieser Frage erheischten. Die Pamirfrage könne, wie er glaube, mit Rußland in freundlicher Weise durch eine Grenzabsteckung geregelt werden. Hierüber sei ein Meinungsaustausch mit Rußland augenblicklich im Gange. Die indische Grenze befinde sich jetzt in gutem Vertheidigungszustande, so daß man der Zukunft ruhig und ohne Besorgniß entgegensehen könne. Die Währungsfrage in Indien sei jetzt Gegenstand einer Untersuchung. Er glaube, die Regierung werde keine Vorschläge machen, die das bewährte Währungssystem Englands erschüttern würden. Die Noth des Handels sei groß, er hoffe auf eine baldige Wiederkehr des Blüthezustandes; die Lage der Landwirthschaft sei ebenfalls traurig; hoffentlich werde die bevorstehende Konferenz für die Regierung und das Parlament annehmbare Vorschläge machen. Dem Bankett wohnte kein auswärtiger Vertreter bei.

Brüssel, 9. November. (W. T. B.) Heute Abend fand im Alhambra-Theater eine von der liberalen Vereinigung einberufene Volks-Versammlung statt, der etwa 3500 Personen, darunter mehrere Kammer-Deputirte, beiwohnten. Es wurden sehr heftige Reden gegen die Regierung gehalten. Der Deputirte Janson betonte, daß in einem freien Lande alle Bürger ihre Bürgerrechte müßten ausüben können, und gab dem Wunsche lebhaften Ausdruck, daß der König und die Kammer dem Volke seine Rechte nicht vorenthalten mögen. Er erkläre im Namen der Deputirten von der äußersten Linken, die radikalen Deputirten würden zur Wiedergeburt des Vaterlandes alles thun, was nur in ihren Kräften stehe. Die Versammlung nahm sodann einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher gegen das Verhalten der Kommission für die Verfassungs-Revision protestirt wird. Nach Schluß der Versammlung veranstalteten die Theilnehmer an derselben eine Straßenkundgebung. Der Zug bewegte sich nach dem Königlichen Palast; eine rothe Fahne wurde vorangetragen. In der Rue Montagne de la Cour stellte sich berittene Gendarmerie den Manifestanten entgegen; vor dem Königlichen Palast und den Ministerien nahm ein Batterie Aufstellung; ferner wurde die Bürgergarde schnell zusammengerufen. Auf der Place Royal sprengte die Gendarmerie den Zug. Die Menge pfiff und zischte und rief: „Es lebe das allgemeine Stimmrecht!" Feuerwehr, Polizei und Gendarmen hielten die Straßen in der Nachbarschaft des Königlichen Palastes und der Ministerien besetzt. Die Manifestanten begannen darauf sich zu zerstreuen. Um Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

New-York, 9. November. (W. T. B.) Nach den bisher bekannt gewordenen Zahlen rechnet man im Wahlkollegium 277 Stimmen für Cleveland, 135 für Harrison und 32 für Weaver, den Kandidaten der Volkspartei. Ueber die Resultate von Indiana und Illinois herrscht Streit; Republikaner und Demokraten erklären, nach den bis heute Nachmittag vorliegenden Anzeichen in diesen Staaten den Sieg davongetragen zu haben.

New-York, 9. November. (D. B. H.) Die Staaten Indiana, Michigan, Illinois und Californien haben vollständig demokratisch gewählt, wodurch Clevelands Majorität auf 266 gestiegen ist. Gilroy, der Führer der Tamany-Hall-Partei, ist zum Bürgermeister von New-York gewählt.

New-York, 10. November. (W. T. B.) Nach dem letzten Abstimmungsresultate wird der Senat aus 45 Demokraten, 38 Republikanern und 5 Vertretern der Volkspartei bestehen.

Ein klärendes Wort.

Vor einigen Tagen hat in Berlin eine „vereinigte" Rudolf Virchow- und Ludolf Parisius-Feier stattgefunden — aus Anlaß der nunmehr fünfundzwanzigjährigen Vertretung des 1. und 3 Landtagswahlkreises durch die Genannten — der die Presse bei der Häufigkeit derartiger Veranstaltungen keine sonderliche Beachtung geschenkt hat, und die auch nicht interessiren würde, wenn nicht der Abg. Richter diese Gelegenheit benutzt hätte, um eine Rakete steigen zu lassen und einen „Signalschuß" abzugeben, der wohl auch an das Ohr der Gegner dringen soll.

Er begann mit einem heftigen Angriff auf das gegenwärtige Abgeordnetenhaus, das er ein „Produkt der Furcht und Feigheit" nannte; vor 25 Jahren dagegen sei es noch möglich gewesen, ein „freies tapferes Abgeordnetenhaus" zu wählen. Ob der Abg. Richter mit dem Abgeordnetenhause von 1866 — denn nur dieses kann hier gemeint sein — vor einem Vierteljahrhundert ebenso zufrieden gewesen ist, als er es heute behauptet, müssen wir dahingestellt sein lassen. Doch darauf kommt es wenig an. In dem Zusammenhange seiner Festrede vom 6. d. M. war es ihm nur darum zu thun, den „freisinnigen" Wählern von Berlin etwas Angenehmes zu sagen, indem er ihre Haltung im Gegensatze zu der „Furcht und Feigheit" draußen mit einem „hell strahlenden Stern" verglich, dessen Glanz durch all die Jahre nie verloschen sei. Wie leicht diesen Berliner „Sternen" das „Strahlen" gemacht worden ist, davon sagt der Redner freilich kein Wort. Die Reichshauptstadt hat von der Wiedererstehung des Reiches weitaus den meisten Nutzen gezogen, und niemandem ist wegen seiner Tapferkeit an der Wahlurne je eine Haar gekrümmt worden. Aber die biederen Philister im Wintergartensaale glaubten gern, daß sie die „Helden" seien, die der große Mann aus ihnen macht. Warum sollten sie seiner Aufforderung, es auch ferner zu bleiben, unter so „günstigen Verhältnissen" nicht freudig folgen? In dieser Aufforderung gipfelte des Führers Rede. „Heute", sagte er, „feiern wir ein Fest, in wenigen Tagen aber gehen wir heißen parlamentarischen Kämpfen entgegen, bei denen es sich darum handeln wird, ob wir endlich zu einer konstitutionellen Regierung kommen und dem deutschen Volke das Recht eingeräumt wird, bei Gestaltung seiner Geschicke mitzuwirken, welches Recht keinem modernen Staate vorenthalten werden darf." Der Abg. Richter ist also der Meinung, daß die geltende Verfassung des Reiches wie des preußischen Staates dem Volk kein Recht der Mitwirkung in dem genannten Sinne gewähre? Daraus läßt sich nur schließen, daß er auf den sogenannten „reinen Parlamentarismus" ausgeht, was übrigens niemand im Ernst bezweifelt haben dürfte, — und daß er den gegenwärtigen Zeitpunkt für besonders geeignet hält, um dieses Ziel endlich zu erreichen. Die äußeren Schwierigkeiten, welche dabei besonders im Reiche zu überwinden bleiben, sind aber heute nicht geringer als sonst. Herr Richter muß aber wohl auf eine stärker ausgeprägte Neigung zur Nachgiebigkeit bei den leitenden Kreisen rechnen oder sich im Besitze vorzugsweise wirksamer Druckmittel glauben. Ersteres lassen manche Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit erklärlich erscheinen; wie es aber mit dem „Druckmittel" bestellt ist, das wird sich bei der bevorstehenden Erörterung der Militärvorlage zeigen. Die Forderung der jährlichen Bewilligung der Friedensstärke des Heeres, wenn sie zugestanden würde, wäre, wie wir schon oft betont, ein solches Mittel. Damit wäre, wenn schon nicht der Form, so doch der Sache nach bald ganz zum „parlamentarischen Regiment" zu gelangen, d. h. zu einem Einfluß einzelner Parteiführer, wie er heute nicht besteht.

Der Abg. Richter führt allerdings nur für den Freisinn das Wort; andere Parteien können durch seine Aeußerungen nicht gebunden werden. Es ist jedoch kein Geheimniß, daß die Nationalliberalen auf keinem Gebiete weniger von ihm abweichen, als gerade auf diesem, und daß ihre stillen Wünsche ganz dieselben sind, wenn ihre Taktik im einzelnen auch mehr auf die „Wadenstrümpfe" als auf die „Wasserstiefel" weist.

Aus Gesichtspunkten dieser Art wird jedenfalls alles zu beurtheilen sein, was die Liberalen bei den Verhandlungen über die Militärfrage thun. Für sie handelt es sich dabei dem Anschein nach nicht um den Kern dieser Frage selbst; das Ausschlaggebende ist der politische Gewinn, der aus der Sache gezogen werden kann. Zu den mancherlei „objektiven" Verdiensten, die sich der Abgeordnete Richter schon erworben hat, gehört es auch, daß er diese „letzten Gedanken" des Liberalismus unverhüllt genug ausspricht, um wenigstens von denen verstanden zu werden, die ein wenig zwischen den Zeilen zu lesen verstehen.

Mit dem bloßen „Verstehen" ist es aber freilich nicht gethan; man muß auch praktisch entgegenzuarbeiten im Stande sein. Die kommende Sitzungsperiode der Parlamente wird also strategisch wie taktisch sehr schwierige Probleme bringen, an die innere Festigkeit wie an das äußere Geschick der Behandlung Anforderungen stellen, die sehr bedeutend sind.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

Die in Amerika gefallene Entscheidung hat für uns die Bedeutung, daß mit der Wahl Clevelands die schlimmere Alternative, die in einer weiteren Steigerung des Prohibitivsystems, wie sie im System der Republikaner liegt, abgewandt worden ist. Es wäre jedoch ein schädlicher Optimismus, daraus den Schluß zu ziehen, daß nunmehr ein Rückgängigmachen der durch die Mac Kinley Bill festgesetzten Beschwernisse des europäischen, speziell des deutschen Handels, zu erwarten wäre. Daran ist nicht zu denken. Schon der Umstand, daß die Republikaner die Staatsfinanzen zu Parteizwecken überlastet haben, stellt dem unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Sind doch nicht weniger als 80 Millionen Dollars allein auf Militärpensionen vergeudet worden, also etwa 320 Millionen Mark, was annähernd der Hälfte unseres gesammten Militärbudgets entspricht. Militärpensionen aber sind die Form, in welcher Wahlbestechungen verdeckt werden — eine Ungeheuerlichkeit, wenn man bedenkt, daß diese Last auf eine lange Reihe von Jahren festgelegt ist und nicht eine thatsächliche Wohlthat bedeutet, sondern eine Gratifikation für Wahlverdienste darstellt. Ist man doch mit der Fiktion dieser „Pensionen" bis an den Anfang des Jahrhunderts zurückgegangen! Wie sollte unter solchen Verhältnissen Cleveland auf die Erträge verzichten, welche die nun einmal fundirte Zollpolitik dem Staate einbringt? Also nach dieser Seite hin ist eine Aenderung nicht zu erwarten. Dagegen darf man wohl darauf rechnen, daß die bisherige aggressive Tendenz der amerikanischen Zollpolitik, welche die Republik zu allen europäischen Mächten in scharfen wirthschaftlichen Gegensatz gestellt hat, vorläufig zu wirken aufhört. Es ist nicht anzunehmen, daß die Reziprozitätsverträge mit den südamerikanischen Staaten, die uns so schwere wirthschaftliche Wunden geschlagen haben, noch an Umfang gewinnen. Argentinien, Chile, Peru, Columbia, Venezuela, Mexiko werden sich keineswegs festlegen lassen, zumal je länger je mehr zu Tage tritt, daß der Vortheil dieser Verträge ausschließlich den Vereinigten Staaten zufällt und zu einer wirthschaftlichen Entmündigung des Südens führt, die schließlich auch ein Verhältniß politischer Abhängigkeit zur Folge haben müßte. Nun wäre der deutschen Industrie nur dringend zu empfehlen, daß sie die Gunst des Augenblicks nützt. Denn wer kann dafür bürgen, daß wir hier einer bleibenden Wendung gegenüberstehen?

Noch eine andere erfreuliche Erscheinung ist uns aber im Verlauf der letzten Wahlbewegung entgegen getreten. Wir meinen das Zusammenstehen des deutschen Elementes bei Unterstützung des demokratischen Kandidaten. Zum ersten Mal haben unsere amerikanischen Landsleute sich als ein Ganzes zur Geltung gebracht und dieser Geschlossenheit zumal ist, trotz mancher Ungeschicklichkeiten, die von Schurz begangen wurden, der schließliche Erfolg zu danken.

So stehen wir der Wahl Clevelands sympathisch gegenüber und hoffen, daß es ihm gelingen wird, die bösen Schäden zu beseitigen, die unter dem Regiment seines Vorgängers sich festgesetzt haben. Die Person sowohl wie die Tendenz der Partei scheint dafür die Garantieen zu bieten.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind von ihrer Reise nach Stettin und Kiel in der vergangenen Nacht um 12½ Uhr mittels Sonderzuges wieder auf der Wildparkstation eingetroffen und haben sich von dort aus direkt zu Wagen nach dem Neuen Palais begeben.

— Im Laufe des heutigen Vormittags hatte Se. Maj. der Kaiser und König im Neuen Palais eine Konferenz mit dem Kriegsminister und arbeitete darauf mit dem Chef des Militärkabinets. Nachmittags 4 Uhr 40 Min. gedenkt der Kaiser von der Station Wildpark aus mittels Sonderzuges nach Berlin zu kommen und vom Bahnhof Friedrichstraße aus um 5 Uhr 25 Minuten nach Königs-Wusterhausen weiterzureisen. Die Ankunft daselbst erfolgt bald nach 6 Uhr. Vom Bahnhofe in Wusterhausen begiebt sich Se. Majestät mit den geladenen Jagdgästen zu Wagen nach dem Königlichen Schlosse, wo um 7 Uhr bei Sr. Majestät die Abendtafel stattfindet. Morgen früh 8½ Uhr erfolgt von Königs-Wusterhausen aus mittels Sonderzuges die Abfahrt nach der Station Halbe und von dort mittels der bereit gehaltenen Wagen die Weiterfahrt nach dem Jagdgehege. Hier findet zunächst in der Oberförsterei Hammer ein abgestelltes Jagen auf Sauen statt, dem sich ein Frühstück im Jagdzelte anschließen soll. Später folgen ein Lappjagen mit Laufstellung auf Damwild in der Oberförsterei Hammer und demnächst ein abgestelltes Jagen auf Dam- und Schwarzwild in der Oberförsterei Königs-Wusterhausen. Nach der Besichtigung der Strecke erfolgt gegen 5 Uhr die Rückkehr nach Königs-Wusterhausen, wo bei dem Kaiser im Schlosse die Mittagstafel stattfindet. Abends 8½ Uhr gedenkt Se. Majestät mit der Jagdgesellschaft mittels Sonderzuges von Königs-Wusterhausen aus nach Berlin zurückzukehren und demnächst vom Bahnhof Friedrichstraße aus um 9¼ Uhr mit den Herren seiner Umgebung die Rückfahrt nach dem Neuen Palais fortzusetzen, wo die Ankunft 11 Uhr Abends erfolgen dürfte. Außer Sr. Maj. dem König von Sachsen und dem Prinzen Georg von Sachsen, welche aus Dresden heute Abend um 9 Uhr 50 Min. im Schlosse zu Königs-Wusterhausen eintreffen, werden noch einige andere Fürstliche und hochgestellte Personen an dieser Hofjagd theilnehmen.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin ertheilte heute Mittag im Neuen Palais mehrere Audienzen.

— Se. K. H. der Prinz Heinrich ist (wie schon erwähnt) von Neumünster nach Darmstadt weitergereist, wo gegenwärtig seine erlauchte Gemahlin noch verweilt.

— S. K. H. der Prinz Friedrich Leopold wird (wie verlautet) an der Hofjagd in Königs-Wusterhausen sich nicht betheiligen, da das Knieleiden an seinem rechten Knie ein so andauerndes Stehen wie bei einer Jagd erforderlich ist nicht gestattet; Se. Königl. Hoheit thut jedoch bereits seit längerer Zeit sowohl zu Pferde, als zu Fuß Dienst beim Regiment.

— Se. K. H. der Erbgroßherzog von Oldenburg traf gestern Nachmittag wieder zum Besuch bei II. KK. HH. dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold auf Jagdschloß Glienicke ein und wird heute Se. Maj. den Kaiser zur Theilnahme an der Hofjagd nach Königs-Wusterhausen begleiten.

— Se. H. der Prinz Albert von Sachsen-Altenburg welcher vor einiger Zeit mit seiner Familie aus Rußland hierher zurückgekehrt ist, folgt heute einer Einladung Sr. Maj. des Kaisers zur Theilnahme an der Hofjagd nach Königs-Wusterhausen.

— Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, begab sich heute Mittag von hier nach dem Neuen Palais, wo er vom Kaiser empfangen wurde.

— v. Voigts-Rhetz, General der Artillerie à la suite des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments, ist hier eingetroffen und im Britisch Hotel abgestiegen.

— Am 7. d. entschlief (wie schon kurz gemeldet) in Karlsruhe in Oberschl., seinem Geburtsorte, der General-Major z. D. Hugo v. Ballujeck im Alter von 62 Jahren. Am 25. Oktober 1847 auf Beförderung in der damaligen 6. Artillerie-Brigade eingetreten, war er bis zu seiner am 18. August 1880 erfolgten Verabschiedung Kommandeur des 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments und erhielt 1888 den Charakter als General-Major. Er war Ritter des Eisernen Kreuzes erster Klasse und Rechtsritter des Johanniter-Ordens.

— Zum baierischen Mitgliede der Reichsrayon-Kommission hat (wie schon gemeldet) Se. Majestät der Kaiser auf Vorschlag Sr. K. H. des Prinz-Regenten von Baiern den Major Föringer vom baierischen Ingenieurkorps an Stelle des langjährigen Mitgliedes dieser Kommission, des Majors Schweniger, ernannt. Diese Kommission unter Vorsitz des jedesmaligen Direktors des allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegsministerium, hat bekanntlich endgültig über die Beschränkungen, denen die Benutzung des Grundeigenthums innerhalb des Rayons der Festungen unterliegt, zu entscheiden.

— Der Geheime Ober-Justizrath Hoeß, Mitglied des General-Auditoriats, tritt mit dem 1. Januar nächsten Jahres in den Ruhestand.

— Der Geheime Baurath Lex, bisheriger interimistischer Dirigent der vierten Abtheilung bei der Eisenbahn-Direktion in Breslau, ist, wie verlautet, als Hülfsarbeiter in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten berufen, um in der Abtheilung für Eisenbahn-Angelegenheiten beschäftigt zu werden.

— Seit einer Reihe von Jahren enthält der Etat des Auswärtigen Amts Forderungen für Gehaltserhöhungen von Gesandten, Minister-Residenten, Generalkonsuln, Konsuln und der den bezüglichen Aemtern angehörigen sonstigen Beamten. Allenthalben haben sich die Lebensverhältnisse und die Preise so geändert daß das für diese Posten vor längerer Zeit festgesetzte Einkommen nicht auslänglich war. Wiederholt ist es vorgekommen, z. B. in Südamerika, daß das Einkommen einzelner Stellen in wenigen Jahren mehrere Mal erhöht werden mußte. Seit länger als einem Jahrzehnt waren an dieser Steigerung die Botschaften nicht betheiligt, in dem jetzt aufgestellten Etat für 1893/94 kommen auch sie an die Reihe, für die Botschafter in Madrid und Rom werden mit Rücksicht auf die in beiden Hauptstädten bestehende Theuerung höhere Forderungen gestellt. Bekanntlich haben diese beiden Missionen unter allen Kaiserlichen Botschaften die mäßigste Dotation; sie erhalten jährlich je 100 000 M., die Botschaften in Konstantinopel, Paris und Wien je 120 000 M. und endlich diejenigen in London und Petersburg je 150 000 M. Als bei der Versetzung des Botschafters v. Radowitz von Konstantinopel nach Madrid auf diesen Unterschied in der Dotation aufmerksam gemacht wurde, fand dies lebhaften Widerspruch mit dem Zusatze, daß die Dotation für Madrid den nöthigen Ansprüchen ebenso genüge, wie die höheren in den anderen Hauptstädten. Das erweist sich als unzutreffend, war es doch auch bekannt, daß sich die Lebensverhältnisse in Madrid seit einigen Jahren wesentlich verändert haben.

Landtags-Nachrichten.

[Herrenhaus.] Die konservative Fraktion des Herrenhauses, welche über 100 Mitglieder zählt, hat sich konstituirt und an Stelle des verewigten Herrn v. Kleist-Retzow den Frhrn. v. Manteuffel zum Vorsitzenden, den Grafen Schlieben-Sanditten zu dessen Stellvertreter und die Herren Fürst Isenburg, Frhrn. v. Tettau und Graf Stolberg-Roßla zu Vorstandsmitgliedern gewählt.

[Haus der Abgeordneten.] Dem Abgeordnetenhause sind heute die in der Thronrede angekündigten Steuerreform-Vorlagen nebst Begründung, Anlagen und einer Denkschrift zugegangen, und zwar: 1) der Gesetzentwurf wegen Aufhebung direkter Staatssteuern; 2) der Entwurf eines Ergänzungssteuer-Gesetzes; 3) der Entwurf eines Kommunalabgaben-Gesetzes. — Wir werden die Gesetzentwürfe in der Morgen-Ausgabe abdrucken. Aus der Denkschrift findet der Leser den wichtigsten (Schluß-) Abschnitt in der heutigen Nummer an anderer Stelle.

— Am Schlusse der Thronrede wird erklärt, daß nicht nur auf die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer, sondern auch auf die Erleichterung der Schullasten der Gemeinden Bedacht genommen werde. Dem Vernehmen nach soll das letztere in der Form geschehen, daß Kommunal-Verbände gebildet werden sollen, welche einen Ausgleich zwischen wohlhabenderen und ärmeren Distrikten herbeiführen und so die Gemeinden durchgängig leistungsfähiger machen. Wie verlautet, ist ein bezüglicher Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet und wird mit demjenigen, betr. die Lage der Volksschullehrer, dem Landtage zugehen.

Deutschland.

* **Berlin**, 10. November. Wir haben seinerzeit die von dem „Daily Chronicle" flügge gemachte Ente, daß sich die italienische Regierung an das Wiener Kabinet mit dem Ansuchen gewendet habe, daß ihr gestattet werde, den Dreibund-Vertrag zu veröffentlichen, nach Gebühr gewürdigt. Nun versucht es dasselbe Blatt mit der Verbreitung einer anderen falschen Nachricht, daß nämlich der Kaiser Franz Josef in halboffizieller Weise dem Papste von dem Inhalte des österreichisch-italienischen Allianz-Vertrages habe Kenntniß geben lassen. Die Nachricht ist bereits in der „Neuen Freien Presse" von einem Dementi ereilt worden, indem diese erfahren hat, daß jener Mittheilung keinerlei thatsächlicher Vorgang zu Grunde liege. Wenn wir also auf diese Ausstreuung zurückkommen, so geschieht es nur zur Kennzeichnung des „Daily Chronicle", das sich in letzter Zeit ganz besonders bemüht, durch erfundene Sensationsnachrichten die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und zu diesem Zwecke mit Vorliebe eine den Dreibund-Vertrag betreffende Entenzucht betreibt. Seine erste Ausstreuung hatte den Zweck, den vatikanischen Blättern Anlaß zu Hetz-Artikeln gegen den Dreibund zu bieten, indem sie zum Ausgangspunkte hierfür die falsche Nachricht benutzten, daß in dem Dreibundvertrage auch eine Vereinbarung über die römische Frage getroffen sei. Nachdem sich nun die vatikanischen Blätter, die zu einer besseren Einsicht gelangt zu sein scheinen, einigermaßen beruhigt haben, will das „Daily Chronicle" dies augenscheinlich darauf zurückzuführen suchen, daß dem Papste Mittheilungen über den Dreibund-Vertrag zugegangen wären. Es soll also die erste Erfindung durch eine neuere gedeckt werden.

* **Berlin**, 10. November. Nach der deutschfreisinnigen Doktrin soll für das deutsche Heer eine zweijährige Dienstzeit zur Ausbildung völlig genügen; das dritte Dienstjahr sei — so wird auf jener Seite standhaft behauptet — durchaus überflüssig, in ihm „verbummeln" nur die Leute. So lauten die militärischen Gutachten, wenn es sich um das deutsche Heer handelt. Anders urtheilt man auf jener Seite, wenn man ausländische Verhältnisse ins Auge faßt, und zwar aus dem Grunde ins Auge faßt, um die Wehrkraft unserer präsumptiven Gegner als möglichst mangelhaft zu schildern. Das „Berliner Tageblatt" Nr. 570 schreibt nämlich: „Im Jahre 1891 gelangten in Frankreich 188 507 Mann, ausgeschlossen 25 000 Freiwillige, zur Einstellung. Hiervon wurden 185 837 Mann der Armee zugetheilt. Diese Mannschaften, welche an sich zum großen Theil körperlich minderwerthig (?) im Vergleich zu den deutschen Rekruten sind, dienen aber nicht drei volle Jahre; alle Mannschaften dieser Ziffer können mithin auch nicht dieselbe Kriegstüchtigkeit erlangen." Diese Aeußerung genügt, um darzuthun, daß der Deutschfreisinn nur aus Popularitätsrücksichten für die bedingungslose zweijährige Dienstzeit eintritt, obwohl ihm bewußt ist, daß die zweijährig Gedienten nicht ohne weiteres dieselbe Kriegstüchtigkeit erreichen können, als die Dreijährigen. Der Deutschfreisinn treibt also Parteitaktik auf Kosten unserer nationalen Sicherheit.

* **Berlin**, 10. November. Das „Berliner Tageblatt" wüthet wieder einmal gegen die „Kreuzzeitung" weil — die Regierung in Arnsberg eine Verfügung an die Schulinspektoren erlassen hat, worin diesen aufgegeben wird, die im Bereiche ihrer Amtsthätigkeit gebräuchlichen jüdischen Religionsbücher behufs näherer Prüfung einzusenden. Daran soll niemand anders schuld sein als — die „Judenhetze" der „Kreuzzeitung", die fortwährend von der „jüdischen Unmoral" rede, und vor einigen Wochen einen Artikel gebracht habe, welcher zur Untersuchung der jüdischen Religionsbücher auf ihren sittlich-religiösen Inhalt aufforderte u. s. w.

Mitten in diesem Grimm fällt dem Blatt aber plötzlich ein, daß es kein Zeichen eines guten Gewissens sei, sich gerade über diesen Fall so mächtig zu erregen. Es lenkt also ein und erklärt die angeordnete Prüfung sogar für durchaus wünschenswerth und dankenswerth, da sich das gänzlich Unbegründete der gegen die jüdischen Religionsbücher gerichteten Angriffe daraus ergeben werde. Das wollen wir abwarten. Das Mossesche Organ aber hätte gleich so klug sein können, statt über die vermeintlichen Urheber der nachträglich gepriesenen Maßregel mit einer Heftigkeit herzufallen, als sei ein unersetzlicher Schade geschehen. Ueber die Beweggründe der Selbstbesinnung wird sich niemand täuschen. Der erste Eindruck ist der richtige gewesen; dieser erste Eindruck aber aber, wie wir gesehen, der Zorn, der übrigens wohl nicht allein der erwähnten Maßregel gilt, sondern der „Einmischung" des Staates in Dinge, die er bis jetzt sich selber überlassen hat. Alles Jüdische hat seit undenklichen Zeiten so ziemlich ein Dasein für sich geführt, und ist in diesem Sinne nach ganz anderen Gesichtspunkten behandelt worden als die Angelegenheiten, welche das christliche Volk betreffen. Wenn die Juden unter Fremdenrecht stünden, ließe sich darüber allenfalls reden. Da sie aber bei jeder Gelegenheit auf ihr deutsches Vollbürgerthum pochen, so ist es nicht mehr als billig, daß sie an allen Lasten theilnehmen die dasselbe zu tragen hat, namentlich aber sich dem Oberaufsichtsrechte des Staates in keiner Weise entziehen.

Anderswo, namentlich in Rußland und den östlichen Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie, sowie in der Türkei stehen sie freilich noch viel „unabhängiger" da, als bei uns, wie das erst der Bukowinaer Zollprozeß wieder gezeigt hat. Dafür sind sie in ihren bürgerlichen Rechten, in Rußland wenigstens, noch beschränkt. Uebrigens macht die russische Regierung gegenwärtig den Versuch, die Kahalschulen unter ihre Aufsicht zu nehmen. Mehr als einen „Versuch" wird das freilich niemand nennen, der Rußland halbwegs kennt. Die russischen Juden lassen sich ihrer großen Mehrzahl nach nur mit Hülfe des Kahal einigermaßen regieren. Mit diesem dürfen es die Verwaltungsorgane aber nicht verderben, wenn sie sich nicht den ärgsten Unzuträglichkeiten ausgesetzt sehen wollen. Diesen Stand der Dinge wird der Kahal schon auszunutzen wissen, um sich die Unbequemlichkeit einer wirksamen Staatsaufsicht über seine Lehranstalten zu entziehen.

* **Berlin**, 10. November. Die badischen Nationalliberalen hatten bekanntlich vor einiger Zeit eine „große Aktion" gegen den Ultramontanismus beschlossen, gleichzeitig sich aber auch gegen ein Zusammengehen mit den Freisinnigen erklärt. Diese Zurückhaltung scheint von keiner langen Dauer zu sein. In einer zu Mannheim stattgehabten Versammlung der Nationalliberalen hat deren dortiger Führer, Rechtsanwalt Bassermann, wie dem „Berl. Tagebl." telegraphirt wird, sich für unbedingten Zusammenschluß aller Liberalen gegen die „konservativ-ultramontanen Tendenzen" ausgesprochen, was er als „Parole" bei etwa bevorstehenden Reichstagswahlen bezeichnete. Diese sieht Herr Bassermann also wohl „kommen", vergißt aber freilich, daß der Anlaß, der doch wohl nur in der Stellung der Parteien zur Militär-Vorlage gesucht werden könnte, zu der genannten „Parole" schwerlich passen würde, da das Zentrum gerade in Baden, wo es mit dem „Freisinn" noch die anderswo schon gelösten Verbindungen unterhält, in seiner Abneigung gegen militärische Mehrbelastung den Nationalliberalen gewiß eher „über" ist, als daß es ihnen nachstände. Die „Freisinnigen" werden deshalb wenig geneigt sein, mit den Brüdern nach „rechts" zusammenzugehen, oder sich von ihnen als „Katzenpfote" gebrauchen zu lassen, vielmehr die